

Siemens / Alstom IG Metall stellt Bedingungen

Im Kampf zwischen General Electric und Siemens um die Übernahme des französischen Konkurrenten Alstom mischt nicht nur die Politik kräftig mit. Nun erheben auch die IG Metall und ihre Belegschaftsvertreter im Konzern zusätzliche Forderungen. Bei ihrem zweiten bundesweiten Siemens-Aktionstag am Freitag dieser Woche wollen die Gewerkschaftsfunktionäre mit den Beschäftigten über den geplanten Umbau der Firma diskutieren. Der geplante Tausch der Alstom-Energietechnik gegen die Siemens-Bahnsparte sei „nur dann sinnvoll, wenn eine strategische Weiterentwicklung des Unternehmens und der Erhalt von Arbeitsplätzen garantiert sind“, warnt Siemens-Gesamtbetriebsratschef Birgit Steinborn vorab in einem Flugblatt. IG-Metall-Finanzchef Jürgen Kerner, der wie Steinborn im Aufsichtsrat des Konzerns sitzt, fordert, dass in keinem der beiden Länder Jobs wegfallen dürfen und Siemens außerdem die „Federführung“ behalten müsse, falls es zur Gründung des avisierten deutsch-französischen Bahnunternehmens kommt. did

Regierung Teure Beamte

Die geplante Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamten belastet den Bundeshaushalt stärker als bislang kalkuliert. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) muss allein in diesem Jahr rund 300 Millionen Euro zusätzlich ausgeben, um die Gehaltsrunde zu finanzieren. In den internen Planungen war das Ministerium von einem moderaten Tarifabschluss ausgegangen. Der Bund hatte sich kürzlich mit der Gewerkschaft Ver.di verständigt, die Löhne für die Angestellten rückwirkend zum 1. März um 3 Prozent und 2015 um weitere 2,4 Prozent zu erhöhen. Allein dieser Schritt kostet Schäuble in diesem Jahr mehr als 200 Millionen Euro. Für den Finanzminister kommen die Belastungen zur Unzeit. Die jüngste Steuerschätzung ergab, dass er in diesem Jahr 800 Millionen Euro weniger einnimmt als zuvor berechnet. böl



Model auf Immobilienmesse

China Leere Türme

Chinas Immobilienmarkt steht vor einem massiven Einbruch. Laut einer Studie der Bank Crédit Lyonnais stehen derzeit 10,2 Millionen Wohnungen leer; in den kommenden fünf Jahren dürften jeweils drei bis vier Millionen weitere hinzukommen. Obwohl die Zahl neuer Bauprojekte in den vergangenen vier Monaten um fast ein Viertel gegenüber dem Vorjahreszeitraum sank, ist das Überangebot erdrückend. Peking hatte nach der Welt-

finanzkrise eine fieberhafte Bautätigkeit angestoßen: Allein in den Jahren 2011 und 2012 produzierte das Land mehr Zement als die USA im gesamten 20. Jahrhundert, wie Daten des chinesischen Statistikamts und der US Geological Survey zeigen. Die Folgen eines Crashes wären unabsehbar: Der Immobiliensektor ist eine wichtige Säule von Chinas Finanzsystem und trägt schätzungsweise ein Viertel zur Wirtschaftsleistung bei. Millionen Menschen arbeiten in der Bau-, der Stahl- und der Einrichtungsbranche. bza

FOTOS: BORIS ROESSLER / DPA (L); HOLGER HÖLLEMAN / DPA (M); XU PEIQIN / IMAGINECHINA (R.O.); JENS GYARVÁTY / VISMU (R.U.)

Gesundheit Plan gegen Anti-biotika-Missbrauch

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, CDU, will sich für eine weltweite Verschreibungspflicht für Antibiotika einsetzen. Auf der an diesem Montag in Genf beginnenden Versammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) will er beantragen, bis Mai 2015 erstmals einen entsprechenden globalen Aktionsplan ausarbeiten zu lassen. Die EU-Staaten, die USA, China, Brasilien und Nigeria unterstützen diesen Vorstoß. Geprüft werden soll auch, den Antibiotika-Ein-

satz in der Tiermast weltweit zu beschränken und strengere Hygienevorschriften für medizinisches Personal einzuführen. „Die weltweite Ausbreitung von Antibiotika-Resistenzen muss gestoppt werden“, so Gröhe. Anfang Mai hatte die WHO gewarnt, bakterielle Erkrankungen könnten künftig wieder mehr Menschen töten. Die Resistenz der Erreger sei gewachsen, weil Antibiotika unsachgemäß und in großem Maßstab eingesetzt würden. Allein deutsche Patienten verbrauchen nach Hochrechnungen jährlich bis zu 800 Tonnen Antibiotika. cos



Intensivstation in Krankenhaus